

Pressebeobachtung Colloquium "Sicherheitspolitik und Medien"

Medium: Neue Zürcher Zeitung 2. Seite Datum: 21.9. Auflage: 151'601

zwischen den Neutralen sei insofern neu zu gestalten, als nicht nur – wie bis anhin – das finanzielle Engagement des einzelnen Staates für die Friedenssicherung massgebend sein soll. Dem Obertitel der Tagung wurde insofern Rechnung getragen, als in den verschiedenen Workshops je ein Medienvertreter (darunter Tages-Anzeiger-Redaktor *Willy Schenk* und NZZ-Redaktor *Bruno*



Der deutsche Generalinspekteur bei seinem Referat.
(Bild key)

Lezzi) mitwirkten. In seiner Funktion als Chef des Informationsdienstes des EMD beklagte sich *Daniel Eckmann* über das heutige Bild des Militärdepartementes, das rundherum als Schwarzer Peter gelte. Dies führte er unter anderem darauf zurück, dass der Schweizer nur noch auf seinen persönlichen Vorteil bedacht sei.

Im *Schlusspodium* unter der Leitung von *Roland Rasi*, Präsident der Generaldirektion der Bank Leu, formulierten *Curt Gasteyger* (Genf), Korpskommandant *Heinz Häsler*, Nationalrat *Elmar Ledergerber*, Ständerat *Willy Loretan* und der Chefredaktor des Schweizer Fernsehens, *Peter Studer*, *konservative Ziele*, gemischt mit einer fortschrittlicheren Annäherung an das europäische Umfeld. Während *Ledergerber* die Meinung vertrat, der Schweizer Neutralität hafte heute der Beigeschmack des Profiteurs an und das neue Armeeleitbild sei quasi die «Fortsetzung des Rütli-rapports», stellte *Häsler* die Frage, wo denn der europäische Schirmherr zu finden sei, wenn die Neutralität von heute auf morgen aufgegeben würde. Weitgehend einig waren sich die Gesprächspartner im Blick auf die *aktiven Beiträge* der Schweiz zur Friedenssicherung. *Ledergerber* will den Gedanken der *Prävention* durch diplomatische, politische und wirtschaftliche Komponenten verfolgen. *Gasteyger* erinnerte in diesem Zusammenhang an das heute Machbare. Mit der Ausbildung von europäischen Sicherheitsexperten und den Rot-Kreuz-Diensten leiste die Schweiz schon einiges. Konsens bestand weitgehend darin, dass zu den bestehenden *Bündnissen* ein *engerer Kontakt* gepflegt werden müsse, wobei dazu die Neudefinierung der Neutralität – über die Empfehlungen der Expertengruppe hinaus – Voraussetzung sei.